

# Berliner Tageblatt

Nr. 365 • Ausgabe B Nr. 191  
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 365

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die Rede Lloyd Georges.

Die Verpflichtung der alliierten Mächte, die Entschcheidung des Völkerbundsrates anzunehmen.

Der Ton der Rede, in der Lloyd George sich gestern im Unterhause über die oberste politische Frage und über den Verlauf der Pariser Konferenz geäußert hat, war verhältnismäßig launig. Lloyd George betonte, daß die Einigkeit der Alliierten eine Gewähr für den Frieden sei, ein Bruch die Gefahren unbeschreiblich vergrößern würde, und er ging so weit, zu versichern, nach dem letzten Vorkommnisse, auf den man sich in Paris einigte, stehe die Allianz fester als je. Das alles wurde gesagt, um die Gemüter zu beruhigen, sei auf die Wogen zu gehen und eine bessere Stimmung in Frankreich zu erzeugen, mit dem Lloyd George ja keineswegs brechen will. Es liegt nicht so aus, als ob in Frankreich die Gefahren unbeschreiblich vergrößern würde, und er ging so weit, zu versichern, nach dem letzten Vorkommnisse, auf den man sich in Paris einigte, stehe die Allianz fester als je. Das alles wurde gesagt, um die Gemüter zu beruhigen, sei auf die Wogen zu gehen und eine bessere Stimmung in Frankreich zu erzeugen, mit dem Lloyd George ja keineswegs brechen will.

## Lloyd George für Herabsetzung der Kontrolllasten.

### Der Schluß von Lloyd Georges Rede.

Für Abbau der Sanktionen und der Militärkontrollen. — Gleiche Behandlung der deutschen und der polnischen Vertreter vor dem Völkerbundsrat.

(Telegramm.)

London, 16. August. (W. T. Z.)

In seiner Rede im Unterhause erklärte Lloyd George u. a. noch, daß neben der obersten politischen Frage auch die Frage der Sanktionen, die Deutschland auferlegt sind, schwierig gewesen sei. Es bedürfte kein Zweifel, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur getreulich sein könnten, wenn Deutschland bester Annahmen abgesehen hätte. Deutschland habe aber bessere Annahmen angenommen und tue sein Bestes, um sie durchzuführen. Die Alliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Sanktionen ungerecht sein würde und seien daher übereingekommen, sie aufzuheben.

Die Sanktionen in wirtschaftlichen Sanktionen seien die Franzosen der Ansicht, daß die Sanktionen einigens des Friedensvertrages noch nicht vollkommen durchgeführt worden seien. Insofern habe die Entschaffung der Sanktionen, die Franzosen schlugen daher vor, daß die militärischen Sanktionen noch einige Zeit aufrecht erhalten bleiben sollten. Diese Frage werde dem militärischen Ausschuss, der seine Sitzung in Paris abhalten werde, überweisen, und es bestreite die Alliierten die Frage der nächsten Zusammenkunft des Völkerbundsrates. Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die Zeit für eine allmähliche Herabsetzung der Sanktionen sei; die Ausgaben dafür verlässlichen Schätze. Die Alliierten hätten genau soviel Interesse daran, wie die Deutschen selbst. Die Alliierten hätten sogar vom Standpunkt der Reparation gesehen ein unmittelbares Interesse daran. Augenblicklich hätten die Ausgaben für die Sanktionen und für die Kontrollfunktionen in Deutschland fast das gesamte Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügbar sei konnte. Es bestreite kein Zweifel, daß sie auch einen Zustand dauernder Erregung schaffen. Je eher Europa zu normalen Verhältnissen zurückkehre, um so besser sei es. Deutschland sei jetzt erschöpft und liege darnieder. Wenn Deutschland sich jedoch wieder erhole, so würden die militärische Sanktionen und die Kontrollfunktionen immer lästiger werden. Es würde dann auch die Gefahr von Zwischenfällen vorhanden sein. Die Alliierten hätten beschlossen, einige der Kontrollfunktionen allmählich soweit wie möglich zu vermindern und bezüglich der Kosten der Besatzungsmächte eine Regelung zu treffen, die alle Teilnehmer befriedigen würde.

Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, so könne er die Herzhaftigkeit des französischen Volkes verlassen. Die Ereignisse seien noch in der Erinnerung, die es Frankreich sehr schwer machten, nicht eine berechtigte Forderung des Gedankens zu empfinden, was die Folgen sein würden, wenn Deutschland seinen Angriff erneuerte. Die wahre Sicherheit Frankreichs hänge jedoch von drei Dingen ab: 1. von der Entlassung Deutschlands. Darunter habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Völkerbundsrates bestanden. Zweifellos sei es vollkommen unmöglich, eine wirkliche Aufrüstung des Friedens zu erreichen, bevor nicht Frankreich sich vor der Gefahr seiner großen Seeherstraße, die ihm so schweres Leid angetan hätten. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwinden, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen. Das nehme lange Zeit in Anspruch und komme immer aus Tageslicht. Nichts geheime innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Kein

einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen, und kein Geld auf diese Schiffe geteilt, von denen die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. Das gelte auch für Frankreich. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, was mit seiner früheren überwältigenden Macht verträglich sei. Der zweite Grund, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhängen, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bemächtige, den der Krieg Frankreich selbst zugefügt habe. Drittens hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache, und daß ein Anknüpfen der Fäden des Ruins nur vergrößere, indem er die Folgen der Niederlage und die Strafen, die dem Angreifer auferlegt werden, nur vergrößere.

Ueber die kleinasiatische Frage sagte Lloyd George, daß man im Augenblick nichts Besseres tun könne, als die Kriegführenden allein zu lassen. Wenn sie sich gegenseitig erschöpfen hätten, würde es wahrscheinlich leichter sein, mit ihnen zu verhandeln. Persönlich glaubt Lloyd George, daß es nötig sein werde, den Vertrag von Ankara zu ändern. Er hofft, daß die griechische Regierung nicht den Irrtum der bulgarischen begehen werde, indem sie unannehmliche Forderungen vorbringe. Zum Schluß sagte Lloyd George noch, daß die Brüstungskonferenz nur Wert hätte, wenn alle Nationen künftig auf der Hut sind, damit nicht Kavalität und Begierde wieder eine solche Katastrophe wie 1914 hervorriefen.

Ueber die russische Hungersnot erklärte Lloyd George, daß er nicht auf der Pariser Konferenz — es er für aber gegen die Volkswirtschaften sei — das politische Element hindern und die Hungersnot zu politischen Zwecken ausnützen sollte. Es könne nichts ohne vollständige Zusammenarbeit mit der Regierung von Moskau in dem Hungersnotgebiet unternommen werden. Es müßte vollständige Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle Vorräte in der letzten Hungersnotperiode zur Verfügung kämen. Die Leute, die das Hilfswort organisieren, müßten selbst die Kosten bezahlen, und das Hilfswort könne nur Erfolg haben, wenn in dem nicht heimeligem Gebiet die russischen Bauern veranlaßt werden könnten, ihre Getreidevorräte gegen Lieferungen, die vom Ausland kommen, abzugeben. Diese Lieferungen vom Ausland könnten nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtung bezüglich der bereits an Rußland gemachten Lieferungen anerkennen und an Frankreich seinen Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Nahrungsvorrat hätten, um Ausland in früheren Jahren zu helfen. In England befanden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Rußland geschickt hätten und ihr Kapital dort anlegten. Wenn die Sowjetregierung Vertrauen schaffen würde, das Handelsnetz dazu kommen könnte, im jetzigen Augenblick einzugreifen, dann müßte sie erklären, daß sie ihre Verpflichtungen anerkenne.

Lloyd George sagte weiter, die russische Hungersnot sei die furchtbarste Hungersnot seit Jahrhunderten, die die Welt betroffen habe. Es sei schwierig, Nachrichten zu erhalten. Zu seinem größten Leidwesen müsse er mitteilen, daß die Nachrichten, die die Regierung erhalten habe, auf eine furchtbare Katastrophe hinwiesen. Soeben sei ein Telegramm von dem britischen Handelsminister in Moskau eingetroffen, das besage, daß 35 Millionen Menschen hungersstarb seien. Die Bewohner der von der Hungersnot heimgesuchten Gebiete wendeten, daß sie einsehen, daß keine Möglichkeit besteht, daß die Hilfe bei rechtzeitig eintreife, um sich vor der Hungersnot zu bewahren, in großen Massen nach verschiedenen Richtungen. Sie seien dem Tode geweiht. Dreißig von Hundert davon seien Kinder. Zahlreiche Kinder werden von den Eltern ihrem Schicksal überlassen.

## Der Widerhall in London und Paris.

### Stiefliche französische Angriffe gegen Lloyd George.

London, 16. August. (W. T. Z.)

Die Presse stimmt den getriggen Ausführungen Lloyd Georges im Unterhause zu. Daily Chronicle schreibt, die Güte werde weiter bestehen, da sie nicht nur für Großbritannien und Frankreich, sondern auch für den Weltfrieden notwendig sei. Die Times haben den außerordentlich ernstlichen Ton und den starken Wille Lloyd Georges hervor, den Frieden in Europa in enger Zusammenarbeit mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und zu sichern. Es sei jetzt klar, daß die Entente aus den letzten Verhandlungen in Paris gestärkt hervorgegangen ist. Das Blatt erklärt, die Wahl eines einzigen Schiedsrichters für die oberste politische Frage erfordere peinliche Erwägungen; dessen Nationalität und dessen Stellung würden wichtige Faktoren für die Autorität der Entscheidung bilden. Daily News meinte, die Rede des Premier Ministers sei eine Darlegung der aus dem Augenblick heraus interessanten Großbritanniens und Frankreichs.

Paris, 17. August. (E. G.)

Einige Pariser Morgenblätter nehmen Stellung zu Lloyd Georges gestriger Unterhause Rede und greifen den eng-

lischen Ministerpräsidenten in heftigster Weise an. Bertinot erklärt im „Echo de Paris“, Lloyd George würde unbedingt, Frankreich würde glauben, daß er sich aus historischen und wirtschaftlichen Gründen in der oberste politischen Angelegenheit für Deutschland einsetze. Diese Gründe seien aber nicht stichhaltig; denn die historischen Gründe sprächen gegen Lloyd George (?), und selbst seine Ziele, das englische Konservativistenan, erklärte, daß östlich der Oder Polen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Lloyd George lege sich deshalb für Deutschland ein, weil er das strittige Gebiet zu seinem eigenen Erbschaften, nämlich Irland, in Beziehung bringe (?). Aber dieser Parallelismus sei ihm erst vor einigen Tagen in den Sinn gekommen. Wenn er also Oberste politischen Angelegenheiten zwischen sich und dem Reichsamt wolle, Bertinot greift sodann heftig Bertinot an und erklärt, wie Bertinot eine Politik der Alliierten verfolgen würde, die man zu Anfang des Jahres 1918 hätte verfolgen sollen. Die Abrechnung Deutschlands sei nur eine Schicksal aller Allianten sein. Man müßte sich fragen, ob Bertinot in Washington die kompromittierte Partei wieder auszuweichen umstände sein werde. Bertinot bewege sich dies. Er erklärt, man könne das Spiel nur gewinnen, wenn man in Frankreich wieder die Politik zur Geltung bringe, die man bisher verfolgt habe.

Mit ungewöhnlicher Heftigkeit wendet sich das „Journal“ gegen Lloyd George. Es erklärt, daß Lloyd George seine Denkart immer noch nicht geändert habe. Wiederum habe man seine furchtbaren historischen Thesen hören müssen. Er begehrte zwar Frankreichs Hilfe, doch stimmere es ihm nicht, ob Deutschland aus dem

Er bleibt aber dabei, daß nach den klaren Ergebnissen der Volksabstimmung das oberste politische Anordnungsgebiet der Welt in die Hände der Alliierten übergegangen sei. In Unterhause wieder mit schadenfreudiger Zufriedenheit, daß er abermals erklärt, die Bevölkerung Oberste politischen ist überwiegend deutsch, hat hervorgehoben, daß sowohl nach im Urteil der englischen und französischen Sachverständigen als nach der Ansicht der englischen und französischen Kommission, daß die wichtige Industrie der Welt auf der Grundlage der Bevölkerung der Welt verteilt werden müsse, und hat die Schaffung von „julen“ vollkommen unmöglich genannt. Er hat auch nochmals von den polnischen Gewalttaten, von den Verbrechen Polens, das Gebiet durch einen Aufruhr an sich zu greifen, gesprochen, und es geht aus seiner Rede deutlich hervor, daß er nur an eine polnische Aufrüstungsbewegung denkt. Wie schon früher, hat er auf die Rechtfertigung hingewiesen, die zwischen dem politischen Fehler in Oberste politischen dem polnischen Oberstall auf Wina besteht. Er hat den ruhigen, turbulenten Geist des neuen polnischen Staates scharf eingeschätzt. Er dürfte sich auch über die Zukunft im Voraus sein, der dieser Staat bei Fortsetzung solcher Politik, als Beispiel des französischen Imperialismus, unrettbar abgerufen. Die „Bestimmten Gazette“ hat deutlich eine solche wichtige vernünftige Kritik der französischen Staatskunst geübt, die sich auf dieses Polen führen wolle und es andere darüber verzeihe, und sie hat gesagt, Frankreich müsse immer „auf das falsche Pferd“. Das ist ganz richtig, die französische Staatskunst wandelt seit dem Friedensschluß auf geradezu furchtbaren Irwegen, aber sie wird getrieben und eigentlich dirigiert von jenen Großmännern, denen man das falsche Pferd, sondern der Gold bedarbene Sklaverei vor Augen steht.

Die wichtige Stelle in der Rede Lloyd Georges ist die, wo er sagt, Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien müßten sich verpflichten, die Entscheidung des Völkerbundsrates anzunehmen. Der Völkerbundsrat unternehmen wird. Das aber ist nicht zu tun, und nicht in Frankreich, die Alliierten müßten nicht ihre Interferenzen, die überhand nehmen, befehlen. Der „Times“ hat bereits diesen Epithetendruck auseinandergesetzt, die Annahme des Völkerbundsrates ist für Frankreich eine unannehmliche Sache. Von den fünf Mitgliedern des Völkerbundsrates konnte alle eine überwiegende Mehrheit, könnten alle den französischen Vertreter, für die englisch-amerikanische Alliierten nicht eine Interferenzen, die überhand nehmen, befehlen. Die Alliierten müßten nicht ihre Interferenzen, die überhand nehmen, befehlen. Die Alliierten müßten nicht ihre Interferenzen, die überhand nehmen, befehlen.